Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 32.

№ 48. Freitag, 26. Februar 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 5 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen i. V.: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Schlußkampf im Reichstag.

Kurz vor den entscheidenden Abstimmungen.

Die heutige Reichstagssitzung.

Berlin. (Funkspruch.) Reichstagspräsident **Löbe** teilte bei Eröffnung mit, daß der **Abg. Dr. Glatzel** (DVP.) sich wegen Krankheit auf zwei Tage hat beurlauben lassen. (Hört, hört und Heiterkeit.)

Abg. **Gottheiner** (Dnat.) protestiert unter dem Gelächter der Linken dagegen, daß trotz entgegenstehender Erklärungen der Regierung doch am Donnerstag abend der **Rundfunk die gestrige Reichskanzlerrede nach der Schallplattenaufnahme verbreitet hat.** (Rufe links: Das war Ihnen wohl sehr unangenehm!")

Präsident Löbe erklärt für die Genehmigung dieser Uebertragung sei er allein verantwortlich. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Präsident stellt dann einen Antrag der Deutschnationalen zur Beratung, der ihn auffordert, sein Amt niederzulegen.

Abg. **Rosenberg** (NSDAP.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers. Mit seiner Bemerkung, Rosenberg habe 1918 noch nicht gewußt, welches sein Vaterland sei, habe Dr. Brüning das tragische Schicksal von 10 Millionen Auslandsdeutschen verspottet. Die Nationalsozialisten würden abwarten, ob der Kanzler nicht demnächst vielleicht auch von sogenannten Sudeten-Deutschen und sogenannten Memel-Deutschen sprechen werde. Auch der augenblickliche Reichspräsident sei ja in einer Stadt geboren, die heute zu Polen gehöre. Der Zusammenbruch Deutschlands sei auch ein Zusammenbruch der Balten gewesen. Diese Balten hätten jahrhundertelang um ihr Deutschtum gekämpft.

Abg. **Dr. Frick** (NSDAP.) **beantragt die Herbeirufung des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich.**

Abg. **Torgler** (KPD.) erklärt, die Kommunisten würden für diesen Antrag stimmen unter der Voraussetzung, daß auch der kommunistische Redner vom Minister angehört wird.

Im Hammelsprung wird der nat.-soz. Antrag mit 180 gegen 219 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt.

Vor der Beendigung des Hammelsprungs war **Reichsfinanzminister Dietrich auf seinem Platz erschienen.** Er wurde mit Heiterkeit begrüßt. **Als der Präsident die Ablehnung des nat.-soz. Antrages verkündet, erhebt sich der Minister und verläßt den Saal wieder,** während die Mehrheit in stürmische Heiterkeit ausbricht.

Der nat.-soz. Abg. **Reinhardt,** der finanzpolitische Anfragen an die Regierung richten wollte, **verzichtete nunmehr aufs Wort.**

Abg. **Bausch** (Christl.-Soz. Volksdienst) führt aus, seine Freunde seien immer die schärfsten Gegner des Systems gewesen, das den Einfluß der Parteien dem Wohl des Volkes voranstellen will. Gerade weil die Christlich-Sozialen das Vaterland über die Partei stellen, wendeten sie sich **gegen das System Hitler—Goebbels, das die unbedingte nat.-soz. Parteiherrschaft aufrichten wolle.**

Der Redner erkennt die Bemühungen der Regierung zur Belebung der Wirtschaft an, äußert aber **Bedenken gegen manche Einzelheiten der Notverordnung.** Der notleidenden Landwirtschaft könne nicht mit den Methoden der Landbund-Agitation allein geholfen werden. **Der Bauer leide am meisten unter den hohen Zinsen.** Das Problem der Entschuldung der Landwirtschaft müsse gründlicher angepackt werden als bisher.

Als der Redner sich gegen die außenpolitischen Angriffsreden der Rechtsopposition wendet und betont, **Bismarck habe seine Außenpolitik nie mit Rücksicht der Massen der Straße gemacht,** kommen von der Rechten fortwährend höhnische Zurufe. Der **Abg. Dr. Kleiner** (Dnat.) wird wegen eines solchen Zurufes **zur Ordnung gerufen.** Sie, so fährt der Redner fort, betrachten den Youngplan-Unterzeichner Schacht als außenpolitische Autorität. Sie können es nicht ertragen, daß Dr. Brüning außenpolitische Erfolge erzielt. Mit positivem Christentum hat der Nationalsozialismus nichts zu tun.

Abg. **Frau Juchacz** (Soz.) betont die **Notwendigkeit,** in dieser Schicksalsstunde des deutschen Volkes **auch die Stimme der deutschen Frauen zu hören.** Wir Frauen wollen keinen Bürgerkrieg, wir wollen keinen Völkerkrieg. Wir durchschauen die Hohlheit einer Politik, die sich als besonders männlich gibt, die aber nur von Kurzsichtigkeit, Eitelkeit und Renomiersucht diktiert ist. Gegen diese nationalsozialistische Politik wenden sich auch die Frauen, die für Freiheit und Frieden sind.

Abg. **Dr. Neubauer** (Komm.) wirft den Nationalsozialisten vor, daß sie nur bezahlte Gefolgsleute des Industrie-Kraftkönigs Fritz Thyssen seien, der andere Kraftkönig Krupp stütze dagegen den Reichskanzler. In dieser Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen des deutschen Kapitalismus stehe nur der Kommunismus auf der Front der werktätigen Massen gegen das Ausbeutertum.

Während der Ausführungen des kommunistischen Redners **nimmt Vizepräsident Graef** (Thür.) **den Präsidentensitz ein,** eine Tatsache, die im Hause deswegen viel beachtet wird, weil seit dem Auszug der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen der deutschnationale Vizepräsident sich nicht mehr an den Verhandlungsleitungen bei den Reichstagssitzungen beteiligt hatte.

Als Reichstagspräsident Löbe das Präsidium übernimmt und dem Abg. Dr. **Weber** (Staatsp.) das Wort erteilt, **verlassen die meisten deutschnat. und nat.-soz. Abgeordneten den Saal.**

Abg. **Dr. Weber**-Potsdam (Staatsp.) erklärt, er **wolle seine Behauptungen beweisen, daß die Nationalsozialisten auf dem Wege des politischen Mordes vorangegangen seien.** Die ersten großen politischen Morde in Deutschland, die Morde gegen Erzberger und Rathenau, seien von rechtsradikaler Seite begangen und von den Nationalsozialisten verherrlicht worden. Nach der Feststellung eines deutschen Gerichts sei ein Landarbeiter, der fälschlich des Waffenverrats an die Polizei beschuldigt war, im Jahre 1920 durch zwei Pistolenschüsse hingemordet worden. Nach weiteren Feststellungen erklärte Redner zum Schluß: Gegen diese Mordhetze einer Partei, die sich „national" nennt, müsse mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. (Beifall links.)

Abg. **Geschke** (Komm.) ruft: Herr Groener, was sagen Sie zu Ihrem jüngsten Rekruten? Ein Hundsfott, der diesen Mörder nicht in die Reichswehr aufnimmt. (Heiterkeit b. d. Kommunisten.) (Präsident Löbe ersucht um Ruhe.)

Abg. **Schulze-Stapen** (Dn.) **bedauert,** daß die **Ernährungsfrage in der Aussprache nicht genügend Beachtung gefunden habe.** Für die Zukunft muß man die stärksten Befürchtungen haben. **Die Nahrungsfreiheit aus deutscher Erde muß sichergestellt werden. Die landwirtschaftlichen Unternehmer bedürfen der Staatshilfe.** Die reichsten Böden Deutschlands sind produktionsunfähig geworden. Tatkraft und Unternehmungslust sind gelähmt. Eine **falsch eingestellte Handelspolitik** mit dem System der allgemeinen Meistbegünstigung hat gleichzeitig mit einer **unerträglichen Steuer- und Zinsbelastung die Landwirtschaft ruiniert.** Die Maßnahmen zur Entschuldung der Landwirtschaft sind eine vollkommene Nachahmung des Hugenberg-Planes und kommen ein Jahr zu spät. Das sog. Hindenburg-Kabinett hat die Landwirtschaft bitter enttäuscht. Das Kabinett Brüning hat trotz Schiele und Schlange die deutsche Landwirtschaft in den Abgrund geführt. Die vordringlichste Aufgabe der kommenden Regierung muß sein, den Osten zu bestehen. **Vorbedingung aber für jede Siedlung ist die Herstellung der Rentabilität der Landwirtschaft. In der Binnenwirtschaft, im Binnenmarkt liegt die Hoffnung der Zukunft. Das Kabinett Brüning muß abtreten.**

Abg. **Crispien** (SPD.) wendet sich gegen nat.-soz. Angriffe und erklärt, kein anständiger Mensch könne so oft seine Aeußerung dahin auslegen, daß er dem Arbeiter die Liebe zum Vaterland abspreche. Er stehe auf dem Standpunkt des ermordeten Jaurès, daß jede Nation ein Schatzhaus der Kultur sei daß aber alle Völker sich zu einem großen Menschheitsreich zusammenschließen müßten.

Abg. **Dr. Rosenfeld** (Soz. Arbeiterp.) macht der Regierung den Vorwurf, daß sie planmäßig die Errungenschaften der Arbeiterschaft abbaue.

Von einzelnen Nationalsozialisten wird während dieser Rede „Mähäh!" gerufen. Von links wird darauf nach rechts gerufen: „Sie können den Ziegenstall nicht verleugnen!"

Präsident Löbe erklärt, wenn er die Störer feststellen könnte, würde er sie trotz der bevorstehenden Abstimmung von der Sitzung ausschließen.

Abg. Dr. Rosenfeld erklärt, ihm und seinen Freunden stehe Thälmann tausendmal näher als Hindenburg.

Abg. **Dr. Föhr**-Baden (Zentrum) weist nat.-soz. Angriffe auf die nationale Zuverlässigkeit des badischen Zentrums zurück. **Auf laute Zurufe der Nationalsozialisten ruft der Präsident die nat.-soz. Abg. Dr. Ley und Florian je zweimal zur Ordnung.** Unter lauten Hört-Hört-Rufen der Mehrheit zitiert **Abg. Dr. Föhr die Aeußerungen Adolf Hitlers zu ausländischen Pressevertretern,** daß die Nationalsozialisten keineswegs die Wiederherstellung der alten deutschen Grenzen oder die Rückgabe aller Kolonien verlangten. Hitler habe auch die deutschen Südtiroler Italien preisgegeben und sich für ein Südlocarno ausgesprochen.

Abg. **Lucke** (Wirtschaftsp.) wendet sich gegen die Behauptung, der Kanzler hätte die Stimmen der Wirtschaftspartei am 16. Oktober 1931 nur bekommen, als er in letzter entscheidender Stunde einen Scheck über 500 000 Mark für die Deutsche Mittelstandsbank ausgehändigt hätte. Auf die Bitte der Wirtschaftspartei habe der Kanzler schriftlich bestätigt, daß an dieser von dem Abg. Feder (NSDAP.) aufgestellten Behauptung kein wahres Wort sei und daß sie in allen Teilen frei erfunden sei. Wenn weiter insbesondere der deutschnat. Abg. Schmidt-Berlin behauptet habe, die Wirtschaftspartei hätte ihre politische Stellung zur Regierung von der Zahlung von 60 Millionen abhängig gemacht, so sei darauf hinzuweisen, daß gegen den Abg. Schmidt Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden sei. Auch hierzu habe die Reichsregierung eindeutig erklärt, daß alle derartigen Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen seien. Wer nochmals außerhalb oder innerhalb des Reichstages behauptet, die Wirtschaftspartei hätte ihre Abstimmung zugunsten des Kabinetts von finanziellen Zugeständnissen direkt oder indirekt in irgendeiner Art abhängig gemacht, sei ein erbärmlicher Ehrabschneider und gewissenloser Verleumder.

Abg. **Dr. Marx** (Ztr.) erklärt, wenn an Hand von Zitaten auch aus der Zentrumspresse versucht worden sei, zu beweisen, das Zentrum hätte seinen Standpunkt gegenüber der Person Hindenburgs geändert, so sei dem entgegenzuhalten, daß über Zitate aus dem Zusammenhang gerissen worden seien und deshalb nicht als beweiskräftig anerkannt werden können. Wenn einzelne darunter richtig wären, könne man die Partei des Zentrums nicht dafür verantwortlich machen, da sie nicht die Haftung für alle Aeußerungen in ihren Blättern übernehmen könne. Was die Partei zu verantworten habe, sei das, was er als Kandidat vor der Reichspräsidentenwahl gesagt habe. Der Redner betont, er habe damals auf seiner Versammlungsreise in Königsberg in wärmster Anerkennung Hindenburgs Verdienste um die Rettung Ostpreußens aus schwerer Kriegsgefahr hervorgehoben und unmittelbar nach der Wahl ein herzlich gehaltenes Glückwunschtelegramm an Hindenburg gerichtet." Damit sei der Beweis dafür erbracht, daß man solche Wahlkämpfe auch ritterlich und ehrenhaft ausfechten könne. Das Zentrum habe Hindenburg stets als einen Mann vorbildlicher Pflichttreue und Hingabe an das Vaterland geschätzt und es habe hierin seine Meinung nicht zu ändern brauchen.

Das Zentrum trage wahrhaftig keine Schuld daran, wenn jetzt Zerrissenheit der Volkskräfte bei der Wiederwahl festzustellen sei. Umsomehr habe es Grund, mit aller Entschiedenheit auch dagegen Protest zu erheben, daß der konfessionelle Kampf entfacht werde und daß man dem Zentrum staatsfeindliche Gesinnung vorwerfe. Das Zentrum stehe zu Hindenburg, weil er Volkskandidat und nicht Kandidat einer Partei sei. (Beifall im Zentrum.)

Bevor die Aussprache fortgesetzt wird, erklärt Abg. **Jadasch** (KPD.), er habe soeben ein Telegramm erhalten, wonach den bei dem Unglück auf der Karsten-Zentrumsgrube in Oberschlesien geretteten sieben Bergleuten die Auszahlung des tarifmäßigen Lohnes für die unter Tage zugebrachte Zeit verweigert worden sei. (Widerspruch des Abg. Kleiner-Deutschnat.) Der Redner beantragt daher u. a., daß diese Entlohnung doch erfolgt und den geretteten Bergleuten ein achtwöchiger Erholungsurlaub gewährt wird. (Erregte Auseinandersetzungen der Kommunisten mit dem Abg. Dr. Kleiner, der u. a. zuruft: „Das ist nur eine üble Parteiagitation!" „Bei einer Feier zur Ehrung der Rettungsmannschaften hat ja der Vorsitzende des Betriebsrates der Verwaltung seinen besonderen Dank für ihre Hilfsmaßnahmen ausgesprochen!" — Lärm bei den Kommunisten.) Ueber den Antrag wird später entschieden.

Abg. **Dr. Frick** (NSDAP.) **beantragt nochmals die Herbeirufung des Reichsfinanzministers Dietrich.**

Der Antrag wird bei Stimmenthaltung der Kommunisten gegen die Rechte **abgelehnt.** Nach der Ablehnung **erscheint Minister Dietrich unter allgemeiner Heiterkeit am Regierungstisch.**

Abg. **Reinhardt** (NSDAP.) beschäftigt sich mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der beiden Kabinette des Reichskanzlers Dr. Brüning. Die Verheißungen des Finanzministers Moldenhauer auf Steuer- und Lastensenkung seien nicht erfüllt, die Lasten seien im Gegenteil durch die verschiedenen Notverordnungen unerträglich gesteigert worden. Der Kanzler habe nach jeder Notverordnung gesagt, daß damit die schwere Belastung des Volkes endgültig abgeschlossen sei. Aber nachher seien immer neue Belastungen gekommen.

(Die Sitzung dauert noch an.)

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen sämtliche Mißtrauensanträge.

Berlin. (Funkspruch.) Die **soz.-dem. Reichstagsfraktion** hat heute vormittag kurz vor Beginn der Plenartagung eine kurze Sitzung abgehalten. Es wurde **beschlossen, gegen sämtliche Mißtrauensanträge zu stimmen.**

Die Wirtschaftspartei übt Fraktionszwang.

Berlin. (Funkspruch.) Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei beschloß erneut, die **Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung abzulehnen.** Sie hat ferner für diese Abstimmungen **Fraktionszwang** beschlossen.